

Vorrang hat die Sicherheit für Mensch und Natur

Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“

Am 27. August 1986 fand im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ein energiepolitischer Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ statt. Über 300 Experten diskutierten über Lage und Entwicklung der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In seiner Eröffnungsrede begründete Generalsekretär Dr. Heiner Geißler die Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung:

„Es ist eine Binsenweisheit: Eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung ist die Grundlage für eine hochentwickelte Industrie und Wirtschaft. Energie muß zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Davon hängen die Beschäftigung und der Wohlstand, aber auch die soziale Sicherheit unserer Gesellschaft ab. Dies hat die Christlich Demokratische Union schon auf ihrem energiepolitischen Kongreß im Jahre 1977 formuliert. Aufgrund der Diskussion, die wir in den vergangenen Monaten über die Energiepolitik gehabt haben, können wir sagen, daß von der richtigen Beantwortung der energiepolitischen Frage die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland abhängt.“

Wenn ich sage, es geht um die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, dann bedeutet dies nach meiner festen Überzeugung, daß es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten darum geht, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als Industrienation zu sichern. Das bedeutet, daß wir in der Lage sein müssen — und eine entscheidende Voraussetzung dafür ist eine richtige Energiepolitik — auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten technologische Spaltenprodukte auf dem Weltmarkt in der Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten und Japan abzusetzen.

Ausstieg hätte katastrophale Folgen

Jeder dritte Arbeitsplatz ist vom Export abhängig. Anders ausgedrückt, die Bundesrepublik Deutschland darf nicht zweitklassig oder drittklassig werden, sie muß erstklassig bleiben. Wir haben wenig Rohstoffe. Aber wir verfügen über ein Kapital, das Humankapital. Wir verfügen über den Fleiß, die

Einsatzbereitschaft, die Innovationskraft, den Erfindungsreichtum unserer Unternehmer, Wissenschaftler und Arbeitnehmer. Dieses Kapital gilt es nicht nur zu erhalten, sondern zu aktivieren. Deswegen müssen wir **ja sagen zum technischen Fortschritt**. Nicht in einem blinden Sinne, als ob man den technischen Fortschritt anbeten müßte und zum obersten Ziel erklären müßte. **Wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt müssen im Dienst des Menschen bleiben und ethisch verantwortet werden.** Dies gilt auch für die Frage der Kernenergie. Manche in diesem Land geben als Antwort auf die Frage nach der Kernenergie bequeme Antworten. Aber diese Antworten sind unehrlich. Wir haben die Aufgabe, unserem Volk **ehrliche Antworten** zu geben, auch wenn sie unbequem sein mögen. Und deswegen gibt es für die Christlich Demokratische Union nicht die simple These Ausstieg aus der Kernenergie, weil dies weder technisch noch volkswirtschaftlich, aber auch ethisch nicht verantwortbar ist. Diese Aussage, daß es keinen Ausstieg auf absehbare Zeit gibt, bedeutet nicht, daß wir nicht alle Anstrengungen unternehmen müssen, möglicherweise dadurch, daß kleinere Einheiten mehr als bisher verwirklicht werden, aber auch **alle Anstrengungen unternehmen müssen für die Energieeinsparung, aber auch für die Förderung der Forschung für alternative Technologien.**

Damit dann, wenn diese alternativen Technologien wirtschaftlich realisierbar, technisch möglich sind, diejenigen, die dann die politische Verantwortung tragen, über Entscheidungsalternativen verfügen. Dies ist unsere Position; dies ist unsere Aufgabe.

Der Rückstieg in Kraftwerke auf Kohlebasis und Ölbasis mit fossilen Brennstoffen als Ersatz für die Kernenergie ist aus umweltpolitischen Gründen nicht verantwortbar. Der Kernenergieausstieg brächte selbst bei vollständiger Nachrüstung ein Plus an Luftverschmutzung von mindestens

- 140 000 Tonnen Schwefeldioxyd,
- 80 000 Tonnen Stickoxyde und
- 20 000 Tonnen Stäube pro Jahr.

Das Hauffsche Szenario der Sozialdemokratischen Partei wurde von den Grünen ausdrücklich begrüßt. Joschka Fischer, das neue politische Rumpelstilschen in der Bundesrepublik Deutschland, findet dies prima. Der Wald ist plötzlich vergessen und Nebensache geworden. Wer da glaubt, daß die Grünen eine ökologisch orientierte Partei seien, der ist eines besseren belehrt worden. Jetzt wird klar, daß **die Ökologie für diese Leute nur das Vehikel war, um diese Industriegesellschaft und die Wirtschaft anzugreifen.** Der Wald ist nur insoweit interessant gewesen, als er dazu herhalten konnte, die deutsche Wirtschaft und die Industrie zu diskreditieren. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist höchst bedauerlich, daß die Sozialdemokratische Partei sich diesem Trend offenbar voll anschließt.

Willy Brandt nimmt an einem Festival gegen die Kernenergie auf dem

Loreleyfelsen teil. Daß der Vorsitzende einer so großen Partei sich an die Spitze dieser Anti-Atom-Rock-, No-future-, Null-Bock-Mentalität setzt, ist mehr als ein politischer Skandal.

Alle bundesdeutschen Kernkraftwerke sind unter SPD-geführten Bundesregierungen genehmigt, entworfen oder geplant worden. Heute wollen diese Leute aus der Kernenergie aussteigen. Das Hauffsche Ausstiegspapier, das heute auf dem SPD-Parteitag beraten wird, wurde in weniger als drei Monaten erarbeitet. In so kurzer Zeit kann nichts Seriöses herauskommen. An den deutschen Universitäten benötigt man zur Anfertigung einer Diplomarbeit im technischen Bereich mindestens 9 bis 12 Monate, das ist aber das Minimum. Die Sozialdemokraten brauchten für ihr Ausstiegskonzept gerade 3 Monate, um mit ihrer eigenen, jahrzehntelangen Kernenergiepolitik zu brechen und die Pläne für eine grundlegende Umstrukturierung unserer Energieversorgung und Industriegesellschaft zu erarbeiten. Da es sich bei den Leuten, die das gemacht haben, nicht um Genies handelt, wie wir alle wissen, kann es sich nur um einen intellektuellen Störfall innerhalb dieser Partei handeln. Im übrigen befindet sich die SPD in einem Gegensatz auch zu ihrer eigenen Arbeitnehmerschaft: Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Werner Meier, hat völlig zu Recht gesagt: „**Kernige Sprüche sind kein Ersatz für Kernkraft. Mit pathetischen Resolutionen kann kein Strom produziert werden.**“

Die Wissenschaft hat bei dieser Auseinandersetzung eine ganz besondere Bedeutung. Deshalb müssen wir auch Forderungen an die Wissenschaft stellen in dieser Zeit schwierigster Auseinandersetzungen.

Erstens: Die Wissenschaft muß aus ihrem Elfenbeinturm heraus und ihre Bedeutung für den politischen Meinungsbildungsprozeß erkennen. Solange es als unfein gilt, als seriöser Wissenschaftler seine Kompetenzen in die öffentliche Diskussion einzubringen, solange bleibt Scharlatanen Tür und Tor geöffnet.

Zweitens: Die Wissenschaftsorganisationen müssen sich in der Selbstkontrolle üben, um die Seriosität der deutschen Wissenschaft nicht zu gefährden. Und dazu gehört wieder das, was Churchill einmal als die wichtigste politische Eigenschaft bezeichnet hat, nämlich Mut. Dazu gehört der Mut der Wissenschaftsorganisationen, wissenschaftliche Pseudokollegen öffentlich zu widerlegen und nicht davor zurückzuscheuen, den Schritt in die Öffentlichkeit zu tun.

Drittens: Naturwissenschaft und Technik müssen einen ständigen Dialog mit Geistes- und Sozialwissenschaftlern führen. Nur so können die Folgen des technischen Fortschritts oder die gesellschaftlichen Entwicklungen rechtzeitig erkannt und konsensfähig gemacht werden.

Viertens: Es gehört zur Aufgabe der Wissenschaft, Folgeprobleme wissenschaftlicher Erkenntnisse einschließlich ethischer Fragen mit zu bedenken.

Ich glaube, daß dies die richtige Methode ist, auf die großen, schwierigen Herausforderungen unserer Zeit eine adäquate Antwort zu geben. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl sind Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung entstanden. Niemand darf das auf die leichte Schulter nehmen. Aber dies bedeutet nicht, daß wir sehenden Auges zuschauen dürfen, wie diese Ängste zum Spielball politischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Heute wird der Versuch unternommen, mit diesen Ängsten Stimmen zu gewinnen. Es ist schon immer so gewesen, in schwierigen Zeiten treten falsche Propheten auf. Und dies erleben wir auch heute wieder. Falsche Propheten, die den Menschen Angst machen und die glauben, daß man mit diesem Angstmachen Stimmen gewinnen könne. Aber was wir heute brauchen, ist nicht das Abfahren auf der Emo-Schiene, ist nicht das Verbreiten negativer Utopien, kollektiver Depressionen, das Verbreiten von Panikszenarien, sondern wir brauchen heute das Bündnis von kompetenter Wissenschaft und verantwortungsvoller Politik.“

Walter Wallmann: Sicherheit vor allem

Bundesumweltminister Dr. Walter Wallmann führte zum Thema: „Verantwortung für Mensch und Natur: Perspektiven einer umweltfreundlichen Energieversorgung“ folgendes aus:

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist sich der Bedeutung der energiepolitischen Versorgung für Menschen, Arbeitsplätze und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland immer bewußt gewesen. Dies galt und gilt um so mehr, seit wir die Kernkraft zur Energiegewinnung nutzen. Sie ist nicht nur eine Herausforderung im herkömmlichen und technischen Sinne. Sie ist zugleich eine ethische Herausforderung. Denn sie birgt auch Gefahren, die wir niemals verschwiegen oder verharmlost haben. Auch politische Parteien haben sich gerade bei der Behandlung dieser Frage ihrer besonderen staatspolitischen Verantwortung bewußt zu sein. Nach dem Grundgesetz sollen sie bei der Willensbildung des Volkes mitwirken. Dieser Auftrag gilt natürlich gerade dann, wenn es um Themen geht, die viele Menschen bewegen und die leidenschaftlich diskutiert werden. Gerade in solchen Situationen haben Parteien die Pflicht, Standpunkte darzulegen, Ziele zu formulieren und zu begründen. Sie haben sich Sachfragen und -themen zu stellen, sie dürfen nicht ausweichen und bequeme Wege suchen.“

Eben dieses tut zur Zeit die SPD. Sie ersetzt das Prinzip Verantwortung durch das Prinzip Opportunismus. Parteien dürfen nicht Stimmungen hinterherlaufen, um Stimmen zu gewinnen. Das empfinden die Menschen durchaus. Sie haben ein sehr feines Gespür dafür, ob sich ihnen jemand anbiedern will oder ob er es ehrlich meint und seine Haltung offen darlegt. Grundfragen der Politik, also auch solche der Energiepolitik, taugen im übrigen nicht für parteipolitische Profilierungsversuche.

Es ist ja interessant, wie unwahrhaftig die SPD gerade in diesen Tagen mit zwei Zungen spricht. Sie warnt vor dem unverantwortlichen „Geschäft mit der Angst“. Sie beschwört es geradezu in der Asylfrage, aber in der Energiepolitik betreibt sie dieses Geschäft bedenkenlos. Ich will auch heute sagen, daß wir einen parteiübergreifenden energiepolitischen Konsens wollen. Wir hatten ihn noch zu Beginn der 80er Jahre. Wenn es heute auch auf diesem Felde einen tiefen, ebenso schädlichen wie vermeidbaren Dissens gibt, dann liegt das allerdings nicht an uns, sondern an jenen Teilen der SPD, die die Politik des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt seit Jahren systematisch und mit kräftiger Unterstützung des SPD-Parteivorsitzenden Brandt demontieren und desavouieren — zunächst auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, jetzt im Bereich der Energiepolitik. Die SPD wird immer mehr zur Aussteigerpartei.

Ich halte es aus staatspolitischen Gründen für gefährlich, wenn gemeinsame Grundpositionen gerade in Fragen von vitaler Bedeutung für unser Volk — und dazu gehört die Frage einer gesicherten Energieversorgung für unser Land — ohne Not und ohne sachlichen Grund über Bord geworfen werden. Ich sage bewußt: Ohne Not. Denn die Verantwortlichen innerhalb der SPD wissen sehr genau, daß ein Reaktor vom Typ Tschernobyl in der Bundesrepublik Deutschland nicht genehmigt worden wäre. Dies allein schon deshalb, weil diesem sowjetischen Reaktortyp jegliche Vorrichtung fehlt, die ein Entweichen größerer Mengen von Radioaktivität in die Umwelt verhindern könnte. Und die Verantwortlichen innerhalb der SPD wissen auch, daß von den 20 bei uns in Betrieb befindlichen Kernenergieanlagen 17 unter einer SPD-geführten Bundesregierung eingeschaltet worden sind. Will die SPD behaupten und einräumen, daß sie bislang bereit gewesen ist, Leben und Gesundheit der Menschen in unserem Lande leichtfertig aufs Spiel zu setzen?

Ich sagte, daß wir den Konsens wollen. Ich füge aber hinzu: Wir kennen unsere Pflicht und unsere Verantwortung. Wenn die SPD an ihren Ausstiegsplänen aus Opportunismus festhält, dann werden wir uns nicht beirren lassen. Wir werden so lange aus der Kernkraft nicht aussteigen, wie uns eine bessere Energieart nicht zur Verfügung steht. Natürlich weiß die SPD, daß ein sofortiger oder auch nur mittelfristiger Ausstieg aus vielen Gründen nicht ernsthaft in Betracht kommt. Die Gesundheit der Menschen, die Umweltbelastung, die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen erlauben eine solche Entscheidung nicht. Um es auf eine Kurzformel zu bringen: Man kann nicht gestern von Waldschäden und von Kohlekraftwerken als Dreckschleudern reden und heute diesen Zustand für erstrebenswert erklären.

Und noch etwas: Wer den Eindruck zu erwecken sucht, die friedliche Nutzung der Kernenergie sei nicht verantwortbar, der darf sich nicht dafür aussprechen, auch nur für eine Übergangszeit die Kernkraft weiterhin zu nutzen. Denn wenn die deutschen Kernkraftwerke wie jene in Tschernobyl tatsächlich eine so große, unverantwortbare Gefahr für Leben und

Gesundheit von vielen Menschen heute und für künftige Generationen darstellen, wer könnte ihren Betrieb auch nur einen weiteren Tag verantworten? Gerade an diesem Punkt wird die **zynische Unaufrechtheit der SPD sichtbar**. Hier gibt es nur klare Antworten. Da helfen auch keine semantischen Tricks wie das Wort vom „Umstieg“. Ich sage auch in aller Offenheit: Die Forderung von **Rau**, in der Politik gehe es darum, „**versöhnen statt zu spalten**“, klingt wie **blanker Hohn**, wenn gleichzeitig versucht wird, unser Volk in ein Lager der anständigen Kernkraftgegner und der rückständigen und unanständigen Kernkraftfetischisten aufzuspalten. „**Hinter mir steht das anständige Deutschland**“ — diese Unanständigkeit hatten wir schon. Und sie ist schließlich voll auf die SPD zurückgefallen. Die Kriterien unserer Energiepolitik lassen sich thesenartig wie folgt darstellen:

1. Die Sicherheit der Anlagen hat im Interesse von Leben und Gesundheit immer absolute Priorität. Sie geht allen anderen Interessen voraus. Daran haben wir uns immer gehalten und daran werden wir uns in Zukunft halten.

2. Energiepolitik muß auch das Interesse künftiger Generationen beachten.

Die Energie-Ressourcen aller Arten sowie unserer Umwelt wollen und müssen wir auch für künftige Generationen erhalten. Das versteht sich übrigens als ein ganz selbstverständlicher christlicher Auftrag, nämlich mit der uns anvertrauten Schöpfung behutsam umzugehen. Zu bewahren, was bewahrenswert ist, zu erneuern, wenn es geboten ist, das war und bleibt unser politisches Selbstverständnis. Und deswegen dürfen wir das Wohl künftiger Generationen nicht außer Betracht lassen.

Zwei interessante Beispiele aus der Geschichte: Der Jakobinische Verfassungsentwurf von 1793 proklamierte das Recht des Volkes zur totalen Bindungs- und Verantwortungslosigkeit gegenüber künftigen Generationen. **Edmund Burke**, einer der bedeutenden Denker seiner Zeit, machte sich zum Anwalt der Gegenposition: „Da, wo es auf das Interesse der Menschheit in vielen Generationen ankommt, da ist es nicht unbillig, daß noch die Nachfolger einen gewissen Anteil an den Beschlüssen haben, die sie so wesentlich treffen.“

Der frühere **Bundeskanzler Schmidt** hat am 1. Juli dieses Jahres in der Marktkirche in Hannover eine bemerkenswerte Rede zum Thema „**Christliche Ethik und politische Verantwortung**“ gehalten. Dabei ging er auf Tschernobyl und die Nutzung der Kernenergie in unserem Land ein. Er sagte u. a.: „Keine der beiden großen Energiequellen ist also ohne Risiko, weder die Kernkraft noch das Verbrennen von Kohlenwasserstoff. Kein Wissenschaftler kann uns im Augenblick wirklich sagen, welches Risiko am größten sei. Die Folgen etwa beim Kohlendioxid werden . . . frühestens im nächsten Jahrhundert zu Buche schlagen.“ Schmidt fügte dann hinzu, daß die Antworten nicht im Katechismus gefunden werden können, sondern nur durch Nachdenken und Abwägen. Und das müsse auch im Sinne christlicher Freiheit für die nach uns Kommenden geschehen. Er sagte, „es wäre eine wirklich moralische und

zugleich eine vernunftgemäße Entscheidung, wenn wir den nach uns Kommenden Entscheidungsfreiheiten übrig ließen und nicht alles für sie und alle Ewigkeit heute schon vorwegnehmen wollen“. Er wehrte sich dann gegen Verabsolutierungen zugunsten oder zu Lasten von Kohle, Öl oder Kernenergie, zum Beispiel gegen den Satz: „Aus moralischen Gründen müssen alle Kraftwerke dichtgemacht werden.“ Und schließlich stellte er fest: „Die christliche Ethik allein liefert uns dafür keine Richtschnur. Sie kann uns nur dazu anhalten, unsere Entscheidungen im Gewissen immer und immer wieder zu prüfen und uns nicht Stimmungen oder der Mode hinzugeben.“

Ich habe bewußt zwei geschichtliche Beispiele erwähnt und den früheren Bundeskanzler Schmidt zitiert, um deutlich zu machen, daß es in der Frage der Kernenergie nicht um parteipolitische Interessen gehen darf, sondern daß wir auf Fragen, die von so großer Bedeutung sind, und die die Menschen bewegen aus Verantwortung Antworten suchen und geben müssen. Wer wie die SPD seit einigen Tagen mit Plakaten „Mehrheit für eine gefahrlose Energie“ für sich wirbt, handelt nicht nur verantwortungslos, sondern er kann schuldig werden. Denn unsere so komplexe und diffizile Welt, von Wissenschaft, Technik und moderner Industrie geprägt, verträgt keine simplen und schon gar nicht unehrliche Antworten. Es gibt keine gefahrlosen Techniken, und die fossilen Energien bedeuten erhebliche, wahrscheinlich sehr viel größere Gefahren als die Kernenergie. Ich habe schon gesagt: Die Energiegewinnung darf die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Nachkommen nicht zerstören. Deswegen bemühen wir uns nachdrücklich im nationalen wie im internationalen Maßstab darum, Schwefeldioxid- und Stickstoffoxid-Emissionen von Kraftwerken immer weiter zurückzudrängen. Man kann sich nur wundern, wie das Thema „Waldsterben“, das im vergangenen Jahr noch in aller Munde war, in der Bundesrepublik Deutschland plötzlich totgeschwiegen wird. Dabei handelt es sich um ein Thema von großer Bedeutung. Wir müssen diese große Gefahr eindämmen und schließlich überwinden.

3. Wir haben ganz konkret einige Fakten und Daten zur Kenntnis zu nehmen: Die Weltbevölkerung wächst ständig. Schon deswegen müssen wir mit nicht erneuerbaren Energiereserven sparsam umgehen. Die fossilen Energien werden voraussichtlich nur noch für die Dauer weniger Generationen zur Verfügung stehen, wenn wir sie weiterhin mit gleichen Zuwachsraten verbrauchen wie bisher. Vergessen wir nicht: Seit der Erfindung der Dampfmaschine bis heute, also in einem Zeitraum von etwa 300 Jahren, hat die Menschheit insgesamt weniger Primär-Energie verbraucht, als sie innerhalb der nächsten 30 Jahre voraussichtlich verbrauchen wird. Und das ist nach Ansicht der Weltenergiekonferenz die Hälfte der nach heutigem Kenntnisstand gewinnbaren fossilen Energien insgesamt. Auch unter diesem Gesichtspunkt stellt sich die Frage, ob wir es verantworten können, auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verzichten. Natürlich müssen wir alle

Anstrengungen unternehmen, erneuerbare, sogenannte regenerative Energien wie Windkraft, Biogas und Solarenergie besser nutzbar zu machen. Der Bundeskanzler hat gerade am 23. Juli dieses Jahres vor dem Kabinett darauf hingewiesen. Aber wir dürfen uns keinen trügerischen Hoffnungen hingeben. Nach allem, was wir heute wissen, werden wir mit solchen Energien bis zur Jahrtausendwende nicht einmal 10 % des Gesamtenergiebedarfs decken können. Auch mögliche zukünftige Energien, wie Kernfusion und Wasserstofftechnik helfen heute nicht weiter. Es wird voraussichtlich noch Jahrzehnte dauern, bis sie im großtechnischen Maßstab zur Verfügung stehen.

4. Wir sollten aber auch im Zusammenhang mit unserer Energiepolitik an die Wirkungen auf die Länder in der Dritten Welt denken. Es ist ethisch nicht verantwortbar, wenn die wirtschaftlich starken Nationen beim Verbrauch fossiler Energiereserven die Dritte Welt ins Abseits drängen. In der Dritten Welt werden diese Rohstoffe schon heute dringender benötigt als bei uns. Wir wollen keine „Ellenbogengesellschaft“ — weder im nationalen noch im internationalen Maßstab. In Hinblick auf die friedliche Nutzung der Kernenergie heißt dies: Es wären vor allem die Entwicklungsländer, die einen kurz- oder mittelfristigen Ausstieg der großen Industrienationen bezahlen müßten. Wir könnten uns diesen Luxus finanziell ja vielleicht noch leisten — moralisch könnten wir dies auf keinen Fall.

5. Und nun zum Thema Reaktorsicherheit, das natürlich in der aktuellen Diskussion im Mittelpunkt steht. Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Regierungserklärung vom 15. Mai 1986 das Entscheidende gesagt: „Es geht jetzt nicht um einen deutschen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit.“ Deswegen hat der **Bundeskanzler** die Initiative zu einer **Sonderkonferenz über Reaktorsicherheit** nach dem Unglück von Tschernobyl ergriffen. Diese Initiative hatte **Erfolg**. Vom 24. bis zum 26. September 1986 wird in Wien eine **Sonderkonferenz zu diesem Thema stattfinden**.

Radioaktivität macht vor Grenzen nicht halt

Meine Damen und Herren, ich will ganz deutlich sagen: Ich habe wenig Verständnis für diejenigen, die achselzuckend zur Kenntnis nehmen, daß zahlreiche Reaktoren vom Typ Tschernobyl nach wie vor in Betrieb sind, die aber gleichzeitig die Ängste vor **unseren** Kernkraftwerken mit ihrem unvergleichlich höheren Sicherheitsniveau schüren. Denn dieses sollen wir nicht vergessen: Wenn die Bundesrepublik aus der Kernenergie aussteigen würde, dann ändert sich an **unserer Sicherheit qualitativ überhaupt nichts**. Denn die uns umgebenden Staaten denken überhaupt nicht daran, auszusteigen. Im Gegenteil, sie bauen die Kernkraft aus. Fragen der Sicherheit sind natürlich nicht nur nationale Angelegenheiten. Wer es bis Tschernobyl nicht gewußt hat, der weiß es spätestens seit diesem schlimmen Unfall: Radioaktivität macht vor Grenzen nicht halt. Ein nationaler Ausstieg

nützt nichts, wenn die Kernenergieanlagen weltweit weiter in Betrieb bleiben. Und weltweit sind 374 Kernkraftwerke in Betrieb. Sie erzeugen bereits heute mit 250 000 Megawatt 15% der elektrischen Energie. 151 Kernkraftwerke sind im Bau. Sie werden 140 000 Megawatt produzieren. Unsere Aufgabe ist es deswegen, daran mitzuwirken, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie weltweit sicherer wird, als es in vielen Ländern heute der Fall ist. Deswegen war die Initiative von Bundeskanzler Kohl, eine Sonderkonferenz zu diesem Thema einzuberufen, von so großer Bedeutung. Erste Erfolge haben wir mit der Verabschiedung von Resolutionsentwürfen zur Pflicht wechselseitiger Hilfeleistungen und vor allem zur umgehenden Information bei Auftreten von bedeutsamen Störfällen erreicht. Jetzt geht es in den weiteren Konferenzen darum, Vereinbarungen zu treffen, die Sicherheit so hoch wie möglich zu machen. Das ist aus vielen Gründen keine leichte Aufgabe. Aber auf der anderen Seite müssen sich alle Regierungen ihrer Verantwortung nicht nur gegenüber anderen Völkern und Staaten, sondern auch ihrem eigenen Land und Volk gegenüber bewußt sein. Deswegen hoffe ich, daß wir Schritt für Schritt zu Verbesserungen kommen werden.

Es geht zum Beispiel darum, weltweit die Anwendung des sogenannten passiven Sicherheitskonzeptes durchzusetzen. Es geht darum, Fernüberwachungssysteme weltweit zur Regel zu machen. Nur so werden wir schließlich große Unfälle nicht nur in unserem Land, sondern weltweit ausschließen können. Hier hilft es auch nicht, irgend etwas zu verharmlosen. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß nicht nur in der Sowjetunion die Kernenergie mit großen Anstrengungen und unter Einsatz erheblicher Finanzmittel innerhalb der nächsten Jahre erheblich ausgebaut wird. Wir wissen es auch aus der DDR, aus der CSSR oder aus Frankreich. Und niemand soll so naiv sein, anzunehmen, daß wenn nur die Deutschen mit gutem Beispiel vorangehen, uns die anderen folgen werden. Die Wahrheit ist, daß sie nur darauf warten, daß wir uns aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie verabschieden. Denn damit gewinnen diese Länder nicht nur erhebliche Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten, sondern sie werden als Lieferanten von Strom, aus Nuklearenergie gewonnen, in der Bundesrepublik Deutschland auftreten. Was unsere französischen Freunde angeht, so werden wir auch in Zukunft mit ihnen in aller Offenheit und Ehrlichkeit reden.

Ich will hierbei nicht unterschlagen, daß in den vergangenen zehn Jahren von den französischen Behörden Entscheidungen zu Cattenom immer erst getroffen worden sind, wenn die Vertreter der Bundesrepublik in den verschiedenen Kommissionen und Institutionen — von Moselschiffahrts-Kommission über Deutsch-Französische-Kommission bis hin zu anderen Gremien — ihre Zustimmung gegeben hatten. Mir ist auch bewußt, in welchem Umfange die französische Republik auf ihre eigene Verantwortung aus ihrem Selbstverständnis von nationaler Souveränität achtet. Ich sage gleichwohl, daß mit den bisherigen Vereinbarungen das Miteinander nicht beendet sein darf. Kritische Fragen müssen auch in

Zukunft ehrlich und offen gestellt werden können und beantwortet werden. Wir wollen keine **Konfrontation**, wir wollen im Geiste freundschaftlicher Verbundenheit mit unseren französischen Nachbarn auch sensible Themen erörtern.

Bei uns ist die Kernkraft verantwortbar

Der heutigen Opposition sei gesagt, daß zu Zeiten der Bundesregierung Schmidt die Zustimmung zum Bau von Cattenom gegeben worden ist. Die ersten drei Blöcke sind im Frühjahr 1982 genehmigt worden, nachdem es in den verschiedenen Institutionen und Gremien Übereinstimmung zwischen der französischen und der deutschen Seite gegeben hatte. Es hat keinen Zweck, heute darüber zu lamentieren. Und es hat vor allem keinen Zweck, die Regierung Kohl für etwas verantwortlich zu machen, was sie nicht entschieden hat. Aber ich füge auch dieses hinzu: Tschernobyl liegt nicht nur nicht in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch nicht in Frankreich.

Die Regierung Kohl hat immer wieder deutlich gemacht, daß unsere Energiepolitik der schonungslosen Analyse und der gründlichen Abwägung von Risiken, die mit einzelnen Energiearten verbunden sind, uns zu verantwortungsvollen Entscheidungen befähigt. Weil die Wissenschaftler, Techniker, Hersteller, Betreiber von Reaktoren und wir es uns nicht einfach gemacht und nichts verharmlost haben, deswegen können wir sagen, daß bei uns die Kernkraft verantwortbar ist.

Meine Damen und Herren, vor kurzem bekannte Willy Brandt in einer Fernsehsendung, daß er in den 50er Jahren die friedliche Nutzung der Kernenergie für eine große „Verheißung“ gehalten habe. Ihm sei erst später klar geworden, daß er damit einem zeitbedingten Irrtum erlegen sei. Woher nimmt er eigentlich die Gewißheit, daß ihm der gleiche Fehler nicht auch heute in bezug auf fossile Energieträger, auf die Wasserstofftechnik oder auf die Kernfusion unterlaufen könnte? Herr Brandt ist nicht nur der Vorsitzende der großen Aussteiger-, sondern inzwischen auch der großen Irrtumspartei.

Wir wissen heute, daß die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern Luft und Atmosphäre zunehmend vergiftet. Ein besonders gravierendes Problem stellt hier der zunehmende Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre dar. Infolge des sogenannten Treibhauseffektes kann er zu einer weltweiten Klimaveränderung katastrophalen Ausmaßes führen. Während die von einem Kernkraftwerk ausgehenden Risiken durch unablässige Sicherheitsanstrengungen immer weiter reduziert werden können, läßt sich das Risiko einer durch Kohlendioxid-Immissionen herbeigeführten Klimaveränderung nicht vermindern. Übrigens ist auch die Wasserstofftechnik nicht frei von Risiken. Und auch die Kernfusion, die eine neue Entwicklung einleiten kann, ist nicht ohne radiologische Probleme. Ich sage das, um klarzumachen, daß wir der Versuchung zur schrecklichen

Vereinfachung widerstehen müssen. Wir haben keineswegs die Wahl zwischen eindeutig richtigen und eindeutig falschen Lösungen, zwischen gefährlichen und gefahrlosen Energiearten. Wir werden immer wieder abwägen müssen zwischen unterschiedlichen Folgen, und das sind vor allem Risikoabwägungen. Wir werden nie mit letzter Gewißheit falsche Entscheidungen ausschließen können. Was wir jedoch können ist: Mit den Mitteln der Vernunft, mit Argumenten und Sachkunde darauf hinzuarbeiten, daß Risiken ständig weiter gemindert werden. Deswegen haben wir der Reaktorsicherheitskommission den Auftrag erteilt, noch einmal über jedes in Betrieb, Bau und Planung befindliche Kraftwerk einen Bericht zu geben. Das geschah übrigens schon vor Monaten. In Fragen der Sicherheit gibt es für uns niemals ein selbstgefälliges Ausruhen. Deswegen haben wir die IAEA in Wien gebeten, mit sogenannten OSART-Inspektionen in drei deutschen Kraftwerken die Sicherheitsstandards und -einrichtungen von unabhängigen internationalen Experten überprüfen zu lassen. Wir haben nichts zu verbergen. Unsere Sicherheitsvorkehrungen sind hervorragend und sie haben vor allen anderen Gesichtspunkten Priorität. Es bleibt übrigens auch dabei: Unter meiner Verantwortung wird die staatliche Prüfung und Überwachung der Sicherheit ausschließlich von Angehörigen staatlicher oder internationaler Institutionen durchgeführt. Ich betone: Dies ist überhaupt kein Zeichen von Mißtrauen in das Verantwortungsbewußtsein, das hohe fachliche Können oder die Sorgfalt von Herstellern oder Betreibern von Nuklearanlagen. Aber wir wollen erreichen, daß es für jeden Gutwilligen nicht einmal den leisen Anschein einer möglichen Interessenverquickung von staatlicher Überwachung und wirtschaftlichem Interesse geben kann. Und wenn ich bei einer Anhörung vor dem Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion gesagt habe, daß abgeschaltet wird, wenn die Sicherheit nicht zweifelsfrei gewährleistet ist, dann ist das für uns in der Union eine Selbstverständlichkeit. Unsere Politik gilt immer zuerst den Menschen, ihrer Gesundheit, ihrem Leben, ihrer Wohlfahrt — und nicht irgendwelchen anderen Interessen.

6. Deswegen ist es ebenso selbstverständlich, daß die Sicherheit von Kernkraftanlagen allen anderen Gesichtspunkten vorangeht. Und so wie Flugzeuge, Autos oder Bundesbahneinrichtungen, obwohl sie seit Jahrzehnten sicher funktionieren, immer wieder auf noch mehr Sicherheit untersucht und gegebenenfalls weiter verbessert werden, so prüfen wir auch im Hinblick auf unsere Kernkraftanlagen, wo und wie wir noch mehr Sicherheit gewinnen können. Auch unter diesem Gesichtspunkt waren mir meine Gespräche in Paris, London und Washington wichtig. Es gibt keinen Anlaß, selbstgefällig auszuruhen.

7. Und deswegen habe ich Fragen gestellt und Aufträge erteilt. Wir wollen herausfinden, ob unsere Sicherheitsstandards in den kerntechnischen Anlagen noch mehr verbessert werden können. Dabei könnten folgende Punkte eine Rolle spielen:

- a) Sollen wir in Zukunft noch Kernkraftwerke mit mehreren Blöcken an einem Standort zulassen? Erreichen wir größere Sicherheit und stärkere Akzeptanz durch mehr Dislozierung derartiger Anlagen?
- b) Seit einer Reihe von Jahren sind unsere Kernkraftwerke mit 1 200 und mehr MW ausgelegt worden. Erreichen wir mehr Sicherheit durch Reduzierung dieser Kapazität? In den USA gibt es Überlegungen, eine Grenze bei etwa 650 MW festzulegen. In den Vereinigten Staaten werden sogar Untersuchungen vorgenommen, Kernkraftwerke unterirdisch zu bauen. Wir können heute dazu noch keine Antworten geben. Aber auch ich habe angewiesen, die Frage zu prüfen, ob wir durch Reduzierungen auf maximale Leistungen von etwa 600 bis 700 MW mehr Sicherheit im Fall eines ernsthaften Schadens gewinnen.
- c) Unsere Reaktoranlagen haben verschiedene Sicherheitssysteme und unterschiedliche Wirkungsweisen. Ich habe die Prüfung der Frage angeordnet und um gutachterliche Äußerung gebeten, ob eine stärkere Berücksichtigung des Hochtemperaturreaktors unter Sicherheitsgesichtspunkten geboten ist. Angesichts der Fragen, die sich nach Tschernobyl weltweit stellen, könnte der HTR über die Bundesrepublik Deutschland hinaus an Interesse gewinnen.
- d) Kommt ein weiterer Zubau von Kraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in Betracht? Ich halte diese Forderung für nicht verantwortbar. Einmal deswegen nicht, weil nach allen — wenn auch natürlich nicht völlig gesicherten — Prognosen der Energieabsatz zwar nicht sprunghaft, aber doch kontinuierlich steigt. Die vergangenen Jahre, in denen deutliche Energieeinsparungen stattgefunden haben, beweisen das.

Der Zubau — natürlich nach Maßgabe des Bedarfs — **darf** aber auch aus einem anderen Grund **nicht ausgeschlossen werden**. Wenn etwa Kraftwerke auch durch Nachrüstung nicht die Sicherheit gewährleisten, die gefordert werden muß, dann ist „neu für alt“ auch aus Sicherheitsgründen eine **Notwendigkeit**.

Jede Technik muß ethisch verantwortbar sein

Meine Damen und Herren, eine abschließende grundsätzliche Anmerkung: Der Begriff einer risikofreien Technik ist ein Widerspruch in sich. Jede Technik muß ethisch verantwortbar sein und verantwortet werden. Auf unserer letzten Tagung hat es der Theologe Professor Eilert Herms so formuliert: „Eine technische Praxis, die nicht ethisch verantwortet wird, ist ipso facto inhuman; aber ebenso ist auch eine ethisch verantwortete menschliche Lebensführung ohne Technik undenkbar. Weder der technologische Fortschritt noch die jüngsten problematischen Erfahrungen mit den Folgen und Risiken der Technik können diese positive Grundeinschätzung der Technik ungültig machen.“

Und schließlich hat uns Professor Häfele bei gleicher Gelegenheit hier im

Konrad-Adenauer-Haus darauf hingewiesen, daß wir es den „unnatürlichen“ Dingen — nämlich der Medizin, der Physik, der Chemie, der Technik usw. — zuzuschreiben haben, daß heute rund 4,7 Mrd. Menschen auf unserer Erde leben — wenn auch in den unterentwickelten Ländern, den Regionen ohne Wissenschaft und Technik, allzuoft unter unmenschlichen Bedingungen.

Welche Zukunft haben die 8 bis 9 Mrd. Menschen in etwa 50 Jahren, wenn wir uns aus Wissenschaft und Technik, insbesondere aus der Kernenergie, verabschieden?

Wie wollen wir dann ein menschenwürdiges Dasein in Zukunft darstellen? Haben wir Heutigen, die die Ergebnisse etwa auch der friedlichen Nutzung der Kernenergie natürlich an jedem Tag in Anspruch nehmen, dazu ein Recht? Zum Humanum gehört die Leistungsfähigkeit des Menschen, die Nutzung seiner vielfältigen Fertigkeiten und die Kraft seiner Ratio. Zu Recht sagte Professor Häfele: „Die Technik ermöglichte dem Menschen ganz wesentlich die Entfaltung seines Humanums, mit ihrer Hilfe gelang es ihm, sich den Zwängen einer oft feindlichen Natur, den rohen Mechanismen des Fressens und Gefressenwerdens zu entziehen. Unter Berufung auf diesen Umstand müßte sich prinzipielle Technikkritik, die heute ällenthalben artikuliert wird, offen oder verdeckt, erst noch legitimieren.“

Meine Damen und Herren, die Auseinandersetzung zu dem richtigen Weg in der Energiepolitik ist ein Testfall für den Zustand unserer politischen Kultur. Wir müssen und wir wollen die Gewissensentscheidungen unserer Mitbürger, die anderer Meinung sind als wir, respektieren. Aber wir dürfen auch von ihnen erwarten, daß sie unsere Gewissensentscheidungen achten und die subjektive Aufrichtigkeit der eigenen Gesinnung nicht zum allgemeingültigen Maßstab erheben.“

Heinz Maier-Leibnitz: Chancen und Risiken

Professor Dr. Heinz Maier-Leibnitz, langjähriger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, nahm zur Rolle der Wissenschaft in den energiepolitischen Diskussionen Stellung:

„Die Frage ist: Werden diese Gesichtspunkte, werden Emotionen entscheidend sein für die Wahl des künftigen Weges unserer Energieversorgung, jedenfalls in der Bundesrepublik? Ist unser Problem in Wirklichkeit nicht ein technisches, sondern ein Problem von Furcht und Hoffnung? Diese Frage kann man nicht einfach verneinen. Zu viele Äußerungen in den Medien, aber auch von Politikern aller Richtungen, sprechen dagegen. Hier mehr zu tun, ist eine Aufgabe für uns alle. Für den Wissenschaftler und den Ingenieur heißt das: Er muß nicht mehr nur als Experte, sondern als Bürger teilnehmen, er muß versuchen, seine Partner und Gegner zu verstehen, muß sich auch mit nicht wissenschaftlichen und nicht rationalen Problemen beschäftigen; und in diesem Kontext muß er die

Bedeutung von Wissenschaft und das Vertrauen, das sie braucht, verteidigen. Das ist seine neue Verantwortung. Natürlich teilt er sie wieder mit anderen, mit allen, die in Politik und Wirtschaft Entscheidungen treffen oder sie in der Öffentlichkeit vertreten müssen. Er hat nur insofern eine Sonderrolle, als er das Technische weiß, das wie immer Grenz- und Nebenbedingungen setzt.

Sachliche Argumentation auch über emotionsbeladene Fragen ist möglich. Allerdings findet sie zur Zeit kaum statt. Aber es gibt viel Material zu eigener Meinungsbildung.

Wir sind dabei, eine Argumentationslehre für unser Problem aufzubauen, bei der es gilt, rationale und nicht rationale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, wenn wir überzeugend wirken wollen. Hier mehr zu lernen, gehört mit zu unserer Verantwortung als Wissenschaftler. Ich erwähne einige Punkte, die vielleicht von Interesse sind: Glaubwürdigkeit; Prämissen der Argumentation; Kenntnis des Gesprächspartners; Verständnis für das Publikum, das es zu überzeugen gilt. Glaubwürdigkeit und Vertrauen erhält der Wissenschaftler dadurch, daß er sich an die wissenschaftliche Ethik gebunden fühlt, die verlangt, daß er nichts, was er weiß, verschweigt und daß er alles selbst berücksichtigt und sucht, was gegen seine Thesen sprechen könnte. Das ist wichtig, denn es erlaubt, sich von Wissenschaftlern abzusetzen, die sich an dieses Gebot ihrer Ethik nicht halten.

Der sorgfältige Umgang mit den Prämissen, also mit dem, was der Hörer oder Leser als Tatsache oder als mit seiner Meinung übereinstimmend annehmen soll, läßt heute sehr zu wünschen übrig. Prämissen werden oft verschwiegen, und sehr oft haben sie die Form von Behauptungen, die eigentlich das Ergebnis der Argumentation sein sollten, sind eine *petitio principii*. Wenn man solche Prämissen eliminiert, bleibt oft nicht viel von der Argumentation übrig.

Aber der wichtigste Partner bei der Argumentation ist das Publikum, das man kennen muß, wenn man es überzeugen will. Das Publikum geht nicht mit festen, logisch geschlossenen Meinungen an die Probleme. Es hat eigene Empfindungen dazu, in erster Linie wohl Unsicherheit und Angst vor dem Unbekannten, und das Gefühl, das ich soeben bei dem Atomanhänger beschrieb. Eine große Rolle spielt, daß es im wesentlichen von den Medien informiert wird und ohne viel eigenes Zutun Vorlieben für gewisse Meinungen und oft auch Personen ausbildet, auch darüber, was es für anständig und annehmbar hält. Das Mißtrauen gegen alle, die in Wirtschaft, Verwaltung und Politik verantwortlich handeln müssen, wird sehr geschürt; es scheint aber auch einer Neigung des Publikums zu entsprechen.

Aber im Hintergrund besteht immer eine gewisse Wachsamkeit, ob von irgendwoher Schäden oder Nachteile drohen; nichts Abstraktes wie Demonstrationsfreiheit oder direkte Mitbestimmung, sondern Konkretes wie Krankheit oder Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Seit von einem

Teil der Parteien der Ausstieg aus der Atomenergie verlangt wird, ist diese Wachsamkeit verstärkt worden, und die Medien mußten darauf Rücksicht nehmen. Wir lesen heute mehr und mehr Darstellungen über die wirtschaftlichen Folgen aus der Sicht beider Seiten; die Probleme sind mehr akut als sie in der Zeit vor Tschernobyl waren. Die Zeit ist reif für eine verstärkte und vertiefte Diskussion. Hier sind natürlich vor allem die Politiker gefordert. Wir Wissenschaftler können da viel lernen, nicht führend sein. Wir können unser fachliches Wissen einbringen; die Bindung an die akademische Ethik kann helfen, diese Beiträge objektiv und damit wirksam zu machen; und vielleicht können wir alle zusammen erreichen, daß die Diskussionspartner mehr aufeinander zugehen und an das Publikum denken.“

Helga Steeg: Einsparung kann die Kernkraft nicht ersetzen

Auf weltwirtschaftliche Aspekte der Energieversorgung ging Frau Helga Steeg, Exekutivdirektorin der Internationalen Energieagentur Paris, ein:

„Wir können — insbesondere im Zusammenhang mit konjunkturellen Neuinvestitionen — mit einer weiteren Rationalisierung des Energieeinsatzes rechnen; nur dürfte sich der Fortschritt bei anhaltend niedrigen Ölpreisen verlangsamen.

Auch den neuen Gegebenheiten können wir am besten mit flexiblen, offenen und robusten Energiemärkten gerecht werden. Unsere internationale Energiepolitik muß weiterhin aktiv die Schwerpunkte Einsparung und Risikominderung durch Diversifizierung der Energiequellen einschließlich Forschung und Entwicklung verfolgen. Aber wir sollten uns auch weiterhin vor Aktionismus hüten. Die Kräfte des Marktes sind uns eindrucksvoll demonstriert worden bei der Wandlung des Ölmarkts vom Verkäufer- zum Käufermarkt. Welch bessere Demonstration hätte es geben können, um zu zeigen, daß Versuche, Preise, Quoten oder Produktionsgrenzen festzulegen, letztlich am Markt zum Scheitern verurteilt sind. Wir sollten daher auch von unserer Seite keine solchen Markteingriffe versuchen.

Zur Kernenergie: Jedes Mitgliedsland muß und wird für sich entscheiden, ob es den Weg der Kernkraft weiter beschreitet oder aufgibt. Nur auf eines möchte ich hinweisen: Die Kombination von mehr Einsparung und erneuerbaren Energiequellen allein kann die Kernkraft nicht ersetzen. Es gibt übrigens auch keine bisher verlässlichen Schätzungen über das noch nicht ausgeschöpfte Einsparpotential. Es hängt u. a. vom Verbraucherverhalten und der Technologie sowie vom Einsatz in privaten Haushalten und in den verschiedenen Sektoren der Industrie ab.“

Das Fazit

Abschließend zog der Tagungsleiter Ludwig Gerstein, MdB, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Energiepolitik“, ein Fazit:

„Wir haben heute darüber gesprochen und gehört, daß im Grunde die langfristigen Rahmenbedingungen der Weltenergieversorgung auch nach Tschernobyl unverändert sind. Dies muß, und ich darf hier sagen wird auch, die Energiepolitik der CDU berücksichtigen. Wir stellen uns in unseren politischen Rahmenbedingungen auch auf die Fragen der Weltenergieversorgung ein, und das heißt, daß unsere Energiepolitik weiter darauf basieren wird, daß wir alle verfügbaren Primärenergieträger (Kohle, Kernenergie, Öl, Gas, Wasser) und auch alternative Energieträger nutzen werden und daß wir an keiner Chance vorhandener und zukünftiger Energieträger vorbeigehen können. Wir sind der Meinung, daß wir mit einer solchen Energiepolitik genügend diversifizieren, was den Bezug, was die Risiken und vor allen Dingen auch was die Wirtschaftlichkeit der gesamten Energieversorgung angeht. Wir sind der Überzeugung, daß wir mit einer solchen Politik richtig gelegen haben und auch in Zukunft richtig liegen werden.“

Meine Damen und Herren, es wäre ein falscher Weg, wenn wir die Energieversorgungsstrukturen, die wir zur Zeit haben, vorzeitig aufgeben. Dann landen wir sehr bald in einer gefährlichen Sackgasse. Andererseits brauchen wir aber, und das soll der Ausblick sein, in den kommenden Jahren außerordentlich viel Phantasie, und vor allem die Phantasie unserer Wissenschaftler und unserer Techniker. Wir brauchen diese Phantasie, um auf der Basis unseres Wissens neue Verfahren und Möglichkeiten ausreichender Energiebereitstellung und rationeller Energieverwendung zu entwickeln. Energie ist und bleibt ein sehr wertvolles und kostbares Gut für die Menschheit. Wir haben alle Veranlassung, damit behutsam und verantwortungsbewußt umzugehen, die Perspektiven der Energiepolitik der CDU werden diesem Anspruch entsprechen.“